

Neue Zürcher Zeitung

Neue Sheriffs für Kosovos wilden Norden

Im serbischsprachigen Teil des Landes hat Belgrad die Politiker auf Linie gebracht und setzt dabei auch auf dubiose Partner



Serbiens Präsident Vucic garantiert die Normalisierung der Beziehungen mit Kosovo - auf Kosten der Demokratie. DJORDJE SAVIC / EPA



ANDREAS ERNST, NORD-MITROVICA

Vor dem Eingang der Parteizentrale steht ein improvisierter Altar. Darauf flackern Kerzen im Wind, und Rosen lassen ihre Köpfe hängen. Das Wahlplakat des Ermordeten hängt an der Hauswand, die Hand hält er nachdenklich am Kinn: Am Morgen des 16. Januar wurde Oliver Ivanovic erschossen, wahrscheinlich aus einem vorbeifahrenden Auto. Von sechs Kugeln niedergestreckt, starb er im nahen Krankenhaus. Drinnen im Büro sitzen zwei Männer im Halbdunkel. Sie passen hier auf. Die Polizei habe die Computer mitgenommen, sagen sie, auch die Aufnahmen der Überwachungskamera wurden beschlagnahmt. Seither habe man nichts mehr gehört. Über mögliche Täter wollen sie nicht spekulieren. Niemand in Nord-Mitrovica macht das gegenüber einem Fremden. Aber man ist sich einig: Die Albaner sind es nicht gewesen. Das leuchtet ein. Der Norden Kosovos führt seit dem Krieg von 1999 ein Eigenleben. Hier leben fast nur Serben, getrennt durch den Fluss Ibar von der albanischen Mehrheit, im offenen Widerstand zum Staat Kosovo.

Nicht vor den Albanern, sondern vor den Kriminellen aus den eigenen Reihen fürchte man sich, hatte Ivanovic in einem Interview wenige Monate vor seinem Tod gesagt. «Er war politisch isoliert, die Medien boykottierten ihn», erklärt Tanja Lazarevic, die Chefredaktorin des Internetportals Kossev. «Aber er war beliebt, dank seiner Warmherzigkeit, dem unbeugsamen Willen und seinem Optimismus.» Mit Ivanovic ist eine der letzten unabhängigen serbischen Stimmen in Kosovo verstummt. Damit nähert sich ein Prozess seinem Ende, der 2013 mit dem Abkommen zur Normalisierung der serbisch-kosovarischen Beziehungen begann: die Disziplinierung der Kosovo-Serben durch Belgrad.

Belgrads «Frontstadt»

Nord-Kosovo grenzt direkt an das serbische Mutterland. 50 000 bis 70 000 Personen bewohnen das Urbane Zentrum Nord-Mitrovica und drei ländliche Gemeinden in dessen Umgebung. Die genauen Zahlen kennt niemand, denn «der Norden» verweigerte bis 2013 jede Kooperation mit Kosovo, auch die Volkszählung. Noch heute will im Grund niemand etwas mit dem neuen Staat zu schaffen haben. «Hier ist Serbien», sagt der Burek-Verkäufer am Hauptplatz und weist auf eine sieben Meter hohe Bronzestatue. In der Mitte des Kreisels steht der serbische Zar Lazar und blickt nach Süden zum mythenbefrachteten Amselfeld, wo er 1389 ruhmreich den Osmanen unterlag. Die Autos haben serbische Kennzeichen oder gar keine, und die Währung ist der serbische Dinar. Sollte es dennoch jemandem entgehen, dann erinnern die Trikoloren der Nationalflagge an jedem zweiten Kandelaber an die Identität dieser Stadt.

Nach dem Krieg hatten französische Truppen der durch die Nato geführten Kosovo Force die Übergänge über den Ibar gesperrt, die Stadt ethnisch geteilt und so die Vertreibung der Serben aus dem Norden verhindert. Das hatte auch zur Folge, dass weder das Uno-Protectorat noch der kosovarische Staat hier Fuss fassen konnten. Die Bevölkerung lebt zu achtzig Prozent von Überweisungen aus Serbien. Schulen, Kliniken, öffentliche Betriebe und die Universität werden aus Belgrad finanziert. Um die Bürger in der «Frontstadt» zu halten, wurden höhere Löhne bezahlt. Das führte dazu, dass Ärzte und Lehrer aus Serbien Stellen in Nordkosovo annahmen und als Wochenaufenthalter pendeln.

Seit je schlecht war es um die Rechtsprechung bestellt. Weder Serbien noch Kosovo oder das Uno-Protectorat etablierten funktionierende Gerichte. Für Ruhe und Ordnung sorgten Bürgerwehren, die von den lokalen Politikern kontrolliert wurden. Serbische Polizisten waren in Zivil unterwegs, zogen später die Uniform der kosovarischen Polizei an und nahmen fortan zwei Löhne, einen aus Belgrad, den andern aus Pristina. Die Mafia, der ethnische Vorurteile fremd sind, trieb einen schwunghaften Handel mit Treibstoffen: Steuerfrei aus Serbien eingeführt, wurden sie in den albanischen Süden verkauft oder reexportiert. Politisch wogte der Kampf hin und her zwischen Vertretern einer gemäßigten Linie wie Ivanovic, die für eine Teilkooperation mit Pristina eintraten, und Hardlinern wie Marko Jaksic, die einen Totalboykott gegenüber dem «falschen Staat» Kosovo praktizierten.

So hätte das noch lange weitergehen können. Doch in Belgrad kam 2012 Aleksandar Vucic an die Macht. Von Berlin und Brüssel vor die Wahl gestellt, das Verhältnis zu Kosovo zu «normalisieren» oder den EU-Beitritt zu vergessen, entschied er sich, in den sauren Apfel zu beißen. Im April 2013 schlossen Belgrad und Pristina ein Abkommen (siehe Zusatz). Der Norden sollte in das politische System Kosovos integriert werden und dafür Autonomie erhalten. Die Nachricht löste in Nordkosovo Bestürzung aus. Vucic wurde als Verräter beschimpft und Widerstand bis zum Letzten gelobt. Erklärungen aus Belgrad, wie die neue Ordnung aussehen sollte, gab es kaum.

Dafür tauchten plötzlich neue Leute auf «2013 war der Wendepunkt», erklärt Miodrag Marinkovic aus Mitrovica, der damals für die EU-Mission in Kosovo arbeitete. «Belgrad setzte eine neue Führungsschicht ein, die den Norden auf Linie bringen sollte.» Einfach war das nicht. Vierzehn lange Jahre hatte man die Serben aus dem Norden als Patrioten und Pièce de Résistance gegen den «falschen Staat» gepriesen.

Nun sollte plötzlich alles anders sein? Der Härtest erfolgte im November 2013. Nordkosovo sollte sich nach Belgrads Willen erstmals an kosovarischen Lokalwahlen beteiligen. Mit Mühe stellte Belgrad eine Liste aus politisch meist unerfahrenen Figuren zusammen, die aber ein gewisses Ansehen bei den Bürgern genossen. Doch ihre Haupteigenschaft, so Marinkovic, war absoluter Gehorsam. Die etablierten Kräfte riefen zum Boykott auf. Der Wahltag war ein Desaster. Als sich ein Erfolg des Boykotts abzeichnete, stürmten Maskierte die Wahllokale und schlugen alles kurz und klein. Die Wahl wurde abgebrochen. Ein hoher österreichischer Diplomat bestätigt, dass die Maskierten auf Geheiß der Belgrader Liste intervenierten, die wenig später als Serbische Liste zur staatlich kontrollierten Partei wurde.



Oliver Ivanovic
Ermordeter Politiker der Kosovo-Serben



Goran Rakic
Bürgermeister von Nord-Mitrovica

Höchste Protektion

Bei der Wahlwiederholung durfte nichts mehr schiefgehen. «Boykotteure» wurden zusammengeschlagen, ihre Autos angezündet, und die Chefs der öffentlichen Betriebe wurden angewiesen, die Belegschaft geschlossen zu den Urnen zu führen. «Mit dem Direktor wählen gehen», wurde das scherzhaft genannt. Zu spassen gab es dabei aber nichts. Trotz allem Druck lag die Beteiligung nur bei zwanzig Prozent. Doch das genügte, und Goran Rakic wurde der erste Bürgermeister nach kosovarischen Recht. Von ihm, einem ehemaligen Feuerwehrmann und Vorsteher der Stadtreinigung, hatte man bisher kaum etwas gehört. Aber als ihm Aleksandar Vucic gratulierte, war klar, dass er höchste Protektion genoss. Die EU, die das Normalisierungsabkommen vermittelt hatte, blickte weg. «Ein klassischer Fall von Kollusion», sagt Marinkovic. Man kann es auch Realpolitik nennen: in Kosovo schliessen sich die «Pax Europaea» und Demokratie gelegentlich aus.

Flexibel reagierte die organisierte Kriminalität auf die neuen Verhältnisse. Noch 2011 hatte der einflussreiche Geschäftsmann Zvonko Veselinovic an vorderster Front gegen Pristina gestanden. Als Kosovo seine Polizei an die Nordgrenze zu Serbien schicken wollte, organisierte er den Widerstand: Grenzposten wurden niedergebrannt und Barrikaden errichtet. Gelegentlich wurde auch scharf geschossen. Ein Jahr später verhaftete der serbische Geheimdienst Veselinovic. 2016 sprach ihn ein Gericht aber frei. Seither erscheint er kaum mehr in der Öffentlichkeit.

Diese Rolle hat sein «Kum» (Pate) Milan Radojicic übernommen, dem er familiär verbunden ist. Radojicic Hauptquartier ist das Restaurant «Grey» in Nord-Mitrovica. Es ist ein elegantes Lokal, geschmackvoll eingerichtet und mit einem ausgestopften Grauwolf geschmückt. Hier empfängt die neue Elite Nordkosovos die Delegationen aus Belgrad. An diesem Nachmittag ist das Restaurant fast leer. In einer Ecke stehen hohe Ohrensessel. Wer darin sitzt, ist zunächst nicht auszumachen. Die Sicht verdecken fünf Muskelmänner mit rasierten Schädeln und misstrauischem Blick. Dann erhebt sich eine schmale Figur mit Brille aus dem Sessel. Es ist Bürgermeister Rakic. Doch schon endet das Reporterglück. Auf die höfliche Frage, ob der Bürgermeister einen Moment Zeit hätte, erwidert der Muskelmann «nein». Wenig später verlässt Rakic das Lokal. Im Sessel sitzen geblieben ist Radojicic, der aber an einem Gespräch auch nicht interessiert ist. Er steht auf und beginnt, etwas abseits zu telefonieren. Der Kellner bringt die Rechnung. Man spürt: Es ist Zeit zu gehen. Erst jetzt wird klar, dass Rakic das Lokal ganz ohne Personenschutz verlassen hat. Alle Muskelmänner sind geblieben.

Das sei logisch, erklärt ein Bekannter, der seinen Namen nicht neben jenem Radojicic sehen möchte. «Rakic braucht keinen Schutz. Er ist Befehlsempfänger, ihm tut niemand etwas.» Dann erzählt er, dass Radojicic einst den Bürgermeister auf offener Strasse gehohlet habe, vor Publikum - eine Geschichte, die hier oft zu hören ist. Der Polizist in der Nähe habe nicht eingegriffen. Gut möglich, dass das eine Legende ist. Aber als Illustration der Verhältnisse ist sie sehr beliebt.

Rückzug ins Private

Präsident Vucic ist entschlossen, den Normalisierungsprozess durchzusetzen und das Gebiet ins kosovarische System zu entlassen. Das bedeutet nicht das Ende des serbischen Einflusses - im Gegenteil. Über die von Belgrad gesteuerte Einheitspartei kontrolliert er alle serbischen Siedlungsgebiete. Statt am Tropf des serbischen Staats zu hängen, läuft die Subventionierung dann nach kosovarischen Recht über den serbischen Gemeindeverband, der aber weiterhin aus Belgrad finanziert wird. Das wird den Wegzug von Jungen und Gutsausgebildeten bremsen, aber nicht stoppen. Verlässliche Zahlen gibt es nicht, aber seit dem Krieg suchen viele Studienabgänger und Berufsleute ihr Glück in Belgrad oder im westlichen Ausland.

Miodrag Marinkovic hat andere Pläne. Nach vielen Jahren, während deren er für die EU und für Nichtregierungsorganisationen gearbeitet hatte, hat er genug davon, «den Leuten Nebel zu verkaufen». Schluss mit endlosen Sitzungen und Berichten, die, wie er glaubt, keiner liest. Er will in den Einzelhandel einsteigen: «Einfach kaufen, mit etwas Gewinn verkaufen und davon leben.» Rückzug ins Private, lautet die Devise. Nach dem Tod von Oliver Ivanovic erscheint ihnen Widerstand gegen Belgrad sinnlos. Petar Miletic, der die Politik schon vor Jahren an den Nagel gehängt hat, meint lakonisch: «Es ist das Schicksal der Kosovo-Serben, dass andere unser Schicksal entscheiden.» Und Ivanovics Ehefrau, Milena, zieht mit ihrem sechsjährigen Sohn Bogdan nach Belgrad. Sie habe genug von diesem «dunklen und traurigen Ort».

Autonomie und Integration

ahn. • Am 19. April 2013 unterzeichneten die damaligen Ministerpräsidenten Dacic (Serbien) und Thaci (Kosovo) im Beisein der EU-Aussenbeauftragten Ashton in Brüssel ein Normalisierungsabkommen. Kernstück ist ein Tauschhandel: Nordkosovo integriert sich in den kosovarischen Staat, dafür bilden die zehn serbischen Gemeinden (5 bis 7 Prozent der Bevölkerung) eine autonome Gemeinschaft (ZSO). Was das bedeutet, wird unterschiedlich gedeutet. Belgrad spricht von «einer Art politischer Entität», Pristina von «einer Art NGO». Wegen der unterschiedlichen Auffassungen kommt die Bildung der ZSO nicht voran. Hingegen unterstehen Polizei und Gerichtsbarkeit im Norden mittlerweile dem kosovarischen System. Berlin und Brüssel verlangen über dieses Abkommen hinaus einen völkerrechtlich bindenden Vertrag zwischen Belgrad und Pristina. Er ist Voraussetzung für den EU-Beitritt Serbiens, und Präsident Vucic scheint entschlossen, diesen Preis zu zahlen. Das bedeutet, dass Serbien die Staatlichkeit Kosovos akzeptiert, ohne sie rechtlich anzuerkennen. Insbesondere würde sich Serbien verpflichten, die Mitgliedschaft Kosovos in internationalen Organisationen (auch der Uno) nicht mehr zu bekämpfen. Vorbild ist der «Grundlagenvertrag» zwischen der BRD und der DDR von 1972.